



Dr. Axel Berg

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellv. energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Wahlkreisbüro
Belgradstr. 15a, 80796 München
Tel.: (089) 394180 Fax: (089) 33029906
e-mail: axel.berg@wk.bundestag.de
homepage: www.axel-berg.de

Berlin, den 28. Januar 2004

Atomkraftbetreiber spielen mit unserem Leben Kein Schutz vor Terrorangriff auf Atomkraftwerk

Die aktuellen Berichte über eine vertrauliche Studie zur Sicherheit von Atomanlagen vor terroristischen Angriffen decken unglaubliche Versäumnisse der Betreiber und ihrer Kontrolleure auf. Der alte Atommeiler Isar 1 vor den Toren Münchens ist eine Lebensgefahr für ganz Oberbayern. Bis heute haben E.ON und die Bayerische Staatsregierung trotz besseren Wissens nichts unternommen. Seit den Anschlägen 11. September 2001 ist die Gefahr eines Terroranschlages auf deutsche Atomkraftwerke wissenschaftlich aufgearbeitet worden. Die Bundesregierung hat die Ergebnisse an die zuständigen Länderaufsichtsbehörden weitergegeben, damit diese mit den Betreibern Maßnahmen ergreifen. Passiert ist bis heute nichts.

Der Befund ist eindeutig. Das bayerische Atomkraftwerk Isar 1 verfügt über keine explizite Auslegung gegen Flugzeugabsturz. Die Altanlage mit einer 80-100 Zentimeter dicken Stahlbetonhülle kann nicht einmal dem Absturz einer 20 Tonnen schweren Militärmaschine standhalten, wie es die aktuellen Sicherheitsvorschriften erfordern. Nach denen sind die zehn neuesten deutschen Atomkraftwerke, darunter auch Isar 2, ausgelegt. Einem vollgetankter Passagier-Jumbo mit 400 Tonnen wären auch deren 200 Zentimeter dicken Wände nicht mehr gewachsen. Folgen würde nach den meisten Szenarien, die nach Aufprallort und Geschwindigkeit unterscheiden, eine menschlich und technisch nicht mehr kontrollierbare Kernschmelze – der Super-GAU, noch schlimmer als Tschernobyl.

Die Anschläge des 11. September sind nun zweieinhalb Jahre her. Zeit genug, möchte man meinen, gegen eine solchen Horrorvorstellung etwas zu unternehmen. Der Isar 1-Betreiber E.ON rührt keinen Finger. Der einzige bisher bekannt gewordene Vorschlag der Großkraftwerksbetreiber bei einem Angriff ist die Verhüllung des Gebäudekomplexes durch Nebelkerzen. Diese Technik wurde genau einmal heimlich in der Lüneburger Heide erprobt und ihre Wirksamkeit wird von Experten ernsthaft bezweifelt.

PRESSMITTEILUNG



Dr. Axel Berg

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellv. energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Wahlkreisbüro
Belgradstr. 15a, 80796 München
Tel.: (089) 394180 Fax: (089) 33029906
e-mail: axel.berg@wk.bundestag.de
homepage: www.axel-berg.de

Axel Berg: „Peinliche Idee. Vielleicht wollen E.ON und Co. als nächstes Halbmonde auf die Atomeier installieren, damit sie ein muslimischer Terrorist im Flugzeug mit einer Moschee verwechselt und deshalb nicht angreift?“

Es gibt nur zwei Möglichkeiten, wie sich eine solche Passivität erklären lässt: entweder, die Unternehmen sind völlig ratlos und finden kein Schutzmittel, oder sie haben gar kein Interesse daran, weil das Geld kosten würde. Dafür gäbe es eigentlich die steuerfreien Rückstellungen in Milliardenhöhe. Aber die haben die Konzerne längst in andere Geschäfte investiert, um mit Hilfe des Steuerzahlers noch mächtiger auf dem Markt zu werden. Diese Verantwortungslosigkeit kann der Staat, der dem Schutz der Bürger verpflichtet ist, nicht mehr länger durchgehen lassen.

Axel Berg: „Ich fordere E.ON auf, die Restlaufzeit von Isar 1 auf Isar 2 zu übertragen. Und Umweltminister Schnappauf soll endlich seine Pflicht erfüllen und Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung erarbeiten, sonst muss er gehen!“

Für den Terrorschutz bei bereits genehmigten Anlagen sind die Landesaufsichtsbehörden zuständig. Nicht erst seit den neuesten Forschungsergebnissen des Bundes, sondern auch durch seine eigene Studie, die er nach den Anschlägen in New York beim TÜV Süddeutschland in Auftrag gegeben hatte, weiß der bayerische Minister Schnappauf um die große Gefahr. Das Nichthandeln der CSU-Staatsregierung ist nicht nur unverständlich, sondern lebensgefährlich.

Eine wirkungsvolle Maßnahme zur Reduzierung des Risikos liegt schon lange auf dem Tisch: schon in einem Entschließungsantrag zum Atomausstiegsgesetz vom 12.12.01 hat Rot-Grün im Bundestag die Maxime „Sicherheit zuerst“ bekräftigt und einen Übertrag der Restlaufzeiten von alten auf neuere Atommeiler gefordert, wie sie der Atomkonsens vorsieht. Die damit verbundene Verlängerung der Laufzeiten über das Jahr 2030 hinaus bereitet Atomkraftgegnern Bauchschmerzen. Das muss man vor dem Hintergrund der Terrorgefahr politisch aber als zweitrangig ansehen. Die rot-grüne Bundesregierung steht nach wie vor hinter dem Ausstiegskonsens. Unsäglich ist die Geldgier der Atomlobby, alte abgeschriebene Zeitbomben als Gelddruckmaschinen weiterlaufen zu lassen.

PRESSMITTEILUNG